

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerbeabteilung des Postamtes entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 63.

Anzeiger für das Erzgebirge

Abdruckrechte: Die Abdruckrechte für Anzeigen aus dem Erzgebirge sind vorbehalten. — Abdruckrechte: Die Abdruckrechte für Anzeigen aus dem Erzgebirge sind vorbehalten. — Abdruckrechte: Die Abdruckrechte für Anzeigen aus dem Erzgebirge sind vorbehalten.

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1498

Nr. 207

Sonntag, den 5. September 1926

21. Jahrgang

Finanzminister Dr. Reinhold spricht zum Reichsverband der deutschen Industrie. Wirtschaft, Steuerwesen, Verwaltungsreform und Davesplan.

Dresden, 3. September. Auf der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie ergriß nach einer Rede des Geheimrates Kaspl. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold das Wort. Er gedachte zunächst der trostlosen Wirtschaftslage, die das zweite Kabinett Luther bei seinem Amtsantritt vorgefunden habe und führte weiter aus: In den vergangenen Jahren mußte die Sorge um die Stabilisierung und Erhaltung der Valuta in den Vordergrund gestellt werden, sodaß 1924 ein zu scharfes Anstreifen der Steuerfahne vielleicht berechtigt war. Aber daß trotzdem zu sehen war, wie bei verminderter Wirtschaft die öffentlichen Kassen sich füllten, diese Steuerpflichten so lange aufrechterhalten wurden, das war wohl gegenüber der deutschen Wirtschaft und damit gegenüber dem Vaterlande ein ganz schwerer Fehler. Die ganzen öffentlichen Gewalten, Reich, Länder und Kommunen breiteten sich mit ihrem Geld in die Privatwirtschaft aus. Überall floß öffentliches Geld hinein, nicht immer zum Guten, und der Kreis der öffentlichen Steuerzahler wurde dadurch außerordentlich eingeschränkt. Wir wissen, wie in diesen Jahren die Gemeinden mit den Steuergeldern sich außerordentlich viel Grundbesitz zugelegt haben.

Die Wirtschaft muß sich daran gewöhnen, daß das Reich nicht die Aufgabe hat, der Wank der Wirtschaft zu sein, daß es ein ganz unerhörter Zustand ist, daß man den gut geleiteten Betrieben die Steuern abnimmt, um damit schlecht arbeitende und faule Konkurrenten zu stützen. Wir müssen den Bedarf einschränken auf das Minimum, aber dann müssen wir auch die Verpflichtung des Kreditors der Wirtschaft den dazu geschaffenen sachverständigen Instanzen, in erster Linie den Banken, überlassen. Ich habe, als ich den Reichstag übernahm, die vorübergehende aufgehobene Scheidung von Ordinarium und Extraordinarium durchgeführt und denke damit fortzufahren. Es erscheint mir für unser Volk, das im Augenblick unendlich hohe Lasten zu tragen hat, ganz falsch, wenn wir auch die Lasten, die wir mit Recht verteilen können auf spätere Zeiten und Generationen, jetzt auch noch zu den unermesslichen unserer Wirtschaft aufbürden. Ich habe deshalb nach hartem Kampfe mein Steuermilderungsprogramm eingebracht und möchte darauf hinweisen, daß erst dieses Programm die gefährlichste und sinnloseste Steuer,

die Umsatzsteuer,

und damit die Besteuerung der deutschen Qualitätsarbeit beseitigt. Erst durch die Herabsetzung der Fusionssteuer haben wir den wirtschaftlich notwendigen Prozeß der Zusammenfassung unserer Industrie unter gesunden Gesichtspunkten ermöglicht. Daß wir weiter in dieser Zeit der Kredit- und Geldnot einen Termin der Vermögenssteuer ausfallen lassen, hat gewiß dazu beigetragen, daß dieses Frühjahr für viele Betriebe erleichtert wurde. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer gehörte zu meinem Programm.

250 Millionen, die nicht in die öffentlichen Kassen geflossen sind, sind in der Wirtschaft geblieben, und ihr belebender Einfluß ist in der Wirtschaft sicher besser gewesen. Wir müssen uns endlich daran gewöhnen, daß wir die Ausgaben anpassen an die Einnahmen.

Zur Frage der Verwaltungsreform

bemerkte der Reichsfinanzminister, nachdem er die von der Beamtenchaft in den letzten Jahren geleistete Arbeit anerkannt hatte: Wegen der schwierigen Struktur Deutschlands, die einen viel zu großen Aufwand von Beamtenapparaten erfordert, muß endlich ein Abbau eintreten, nicht in der Form, daß wir schematisch die Beamten abbauen, sondern daß wir die Aufgaben abbauen. Das Reichskabinett hat gestern den von mir vorgelegten Plan einer organisatorischen Umbildung meines Ministeriums genehmigt, der davon ausgeht, daß wir die Hemmnisse beseitigen müssen, die durch das Neben- und Durcheinander der letzten Jahre geschaffen wurden. Die Verwaltungsreform ist vor allem nötig auch in den Ländern und Gemeinden. Wir werden zu einem vernünftigen Aufbau unseres gesamten Steuerwesens erst kommen, wenn man an diese Aufgaben trotz der großen politischen Hemmnisse, die sich jetzt auch wieder in Bayern zeigen, wirklich mit Energie herangeht. Die Verwaltungsreform muß noch in diesem Jahre ihrer Lösung zugeführt werden, was damit in Zusammenhang steht

der Finanzausgleich.

Ich bin entschlossen, ihn durchzuführen, sobald die nötigen Unterlagen zu beschaffen sind. Die Grundzüge dieses großen Planes müssen in erster Linie darin bestehen, daß wir die finanzielle Selbstverwaltung der einzelnen Körperschaften,

die das Geld bewilligen müssen, wieder stärken. Das kann geschehen in erster Linie durch die Einführung von Zuschlägen für die Einkommensteuer. Kommt es wieder dahin, daß, wenn ein Stadtparlament die Einkommensteuer von 145 auf 146 % in die Höhe setzen will, ein großer Kampf in der Bürgerschaft losgeht, dann wird kein gesunder Zustand in den Gemeindefinanzen eintreten können. Es müssen auch Kantelen geschaffen werden, daß wir aus der Vielheit unserer Steuern herauskommen. Es ist zweifellos sinnlos, wenn das Reich Steuern ermäßigt, und Länder und Gemeinden gleichzeitig eine Steuer erhöhen. Wir wollen deshalb in unserem Finanzausgleich das schwere Problem lösen, daß wir die realen Steuern in eine Relation bringen zu den Zuschlägen zur Einkommensteuer. Die realen Steuern sollen ferner durch ein Rahmengesetz vereinfacht werden. Wir müssen natürlich auch Kantelen einschleichen bei der Gewährung des Zuschlagrechtes, die eine wirtschaftliche und sozial gerechte Verteilung der Einkommensteuer ermöglichen. Wir sehen, daß es notwendig ist, mit den Ländern und Gemeinden zu einer vernünftigen und organischen Regelung der auf dem Grundbesitz lastenden Steuern zu gelangen, damit sie leicht erwerbbar werden und die Belastung nicht verhängnisvoll, ferner die Möglichkeit geben, auf dem Markte wieder den normalen Verkehr zu schaffen. Der Minister kam dann noch auf

die Fragen der Verwaltung

zu sprechen und erklärte: Es ist schon mehrfach betont worden, daß im Vordergrund unserer finanzpolitischen Erwägung die absolute Erhaltung unserer Währung steht. Vermutlich wird in der nächsten Zeit ein neues Ereignis eintreten, das beweisen wird, wie fest auch in der ganzen Welt unsere Währung steht. Die Reichsregierung hat den Willen, eine Neuauflösung des Aufwertungsproblems nicht zuzulassen. Wir haben auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß wir keinen Ueberbruch erleben. Die reduzierte Körperschaftsteuer hat im Juni und Juli das doppelte Ergebnis der Vormonate gebracht. Ich empfehle auch den Gemeinden, daraufhin mal gewisse Sätze ihrer Steuern zu prüfen. Vor der Einführung von Zuschlägen zur Einkommensteuer werden wir auch die Einkommensteuer selbst uns einmal ansehen müssen. Ich habe mich von jeher dafür interessiert, daß in England beliebige Systeme, das die Geschäftsbilanzen durch vereidigte Revisoren nachprüft und feststellt, sodaß dann die Steuerbilanz identisch ist mit der Geschäftsbilanz, auch in Deutschland einzuführen. Wir müssen den Finanzausgleich organisch aufbauen und werden deshalb mit der kurzen Zeit bis 1. April 1927 zu einem solchen großen Aufbau nicht auskommen. Ich persönlich bin entschlossen, die endgültigen Vorschläge zur

Reform des Steuerwesens

im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich vorzulegen. Wir dürfen uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Steuern noch eine ganz exorbitante Höhe haben werden, die sich eben aus den Lasten erklärt, die wir infolge des verlorenen Krieges zu tragen haben.

Sinnsvollheit des Davesplanes

Führte der Reichsfinanzminister unter Hinweis auf das Abkommen, das er mit dem Generalagenten für die Reparationszahlungen getroffen habe, aus: Mit voller Loyalität werde ich die Verpflichtungen aus dem Davesplan erfüllen, solange die wirtschaftliche Möglichkeit dazu gegeben ist, daß ich aber ebenso für die finanzielle Anpassung an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Deutschlands aufzutreten werde, ist gewiß. Der Minister drückte die Ueberzeugung aus, daß die ganze Welt einmal sich gegen die Daveszahlungen wehren wird. Man müsse das ganze Problem aus dem politischen Gebiete herausbringen und auf das wirtschaftliche Gleis führen. Zum Schluß erklärte der Reichsfinanzminister: Ich sehe unendliche Schwierigkeiten und einen großen Lebensweg. Von einer günstigen Lage unserer Finanzen kann keine Rede sein, aber ich glaube an Deutschland und an Deutschlands Zukunft. Wir glauben an das Reich, an dessen Spitze jetzt der große Führer steht, vor dessen vorbildlicher Treue zu Volk und Vaterland wir uns alle in Ehrfurcht beugen (Stürmischer Beifall). Wir werden unser Reich durchsetzen zu einer besseren Zukunft und den schweren Weg der Arbeit gehen müssen, der zur Freiheit führt. Ich weiß, daß dieser Weg schwer ist, aber wir müssen, weil politischen Glaubens wir auch sind, gemeinsam den Weg gehen, weil meiner festen Ueberzeugung nach nur am Ende dieses Weges das Ziel steht, zu dem wir alle streben:

der Wiederaufbau unserer Nation, die alte deutsche Größe und die neue deutsche Freiheit.

(Die Versammlung erhebt sich und bringt dem Minister brausende Ovationen dar.) Geheimrat Duisberg dankte dem Minister für seine Ausführungen und sprach den Wunsch aus, daß es auch gelingen möge, bei den Landesfinanzministern den gleichen Willen zu erzielen. Hierauf wurde einstimmig beschlossen, folgendes

Telegramm an den Reichspräsidenten

von Hindenburg abzuschicken:

„Die 3000 Vertreter der heute in Dresden zu ihrer diesjährigen Tagung versammelten, im Reichsverband zusammengeschlossenen deutschen Industrie entbieten Ihnen, hochverehrter Herr Reichspräsident, die ehrerbietigsten Grüße und geloben, alle ihre Kräfte in den Dienst der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft zum Heile des Vaterlandes zu stellen.“

Die Verhandlungen wurden sodann auf Sonnabend vertagt.

Italiens Wirtschaft.

Das deutsche Volk hat ganz gewiß keinen Grund, den italienischen Diktator Mussolini zu loben, geschweige denn zu bewundern; denn seine gegen Deutschland gerichtete Außenpolitik, wie sie sich seinerzeit in der Tiroler Frage genügend kennzeichnete, dürfte Grund genug sein, Mussolini und die von ihm betriebene Politik mit großer Vorsicht zu verfolgen. Aber trotzdem dürfen wir nicht an dem vorübergehen, was er innenpolitisch geleistet hat. In Italien ist in aller Stille gearbeitet worden, während wir in Deutschland mit unheiliger, nebensächlichen Bete über alle möglichen Fragen die kostbarste Zeit verschwenden. Mussolini ist von dem Ehrgeiz erfüllt, Italien und zunächst Italiens Wirtschaft groß und mächtig zu machen. Diesem Diktator war es möglich, den Arbeitstag um eine Stunde zu verlängern, das Brot durch einen größeren Prozentsatz von Beimischungen zu strecken, ein Streik- und Aussperrungsverbot zu erlassen, den Bau von Luxushäusern und Villen auf ein Jahr zu verbieten usw. usw.

In Anbetracht dieser einschneidenden Bestimmungen und Verfügungen fragt es sich jedoch, ob es Mussolini gelungen ist, die italienische Wirtschaft merklich zu heben, oder ob die getroffenen Maßnahmen einen Schlag ins Wasser bedeuten. Es ist gewiß heute nicht leicht, sich ein zutreffendes Bild von der Lage der italienischen Wirtschaft zu machen. Die Presse in Italien kann schon gar nicht objektiv über die Lage, besonders der dortigen Industrie, berichten, ohne in den Verdacht zu geraten, die Dinge schwarz zu malen, als sie in Wirklichkeit sind. Hinzu kommt, daß die meisten Industriellen mit der Regierung im engsten Konnex stehen und schon aus diesem Grunde überaus zurückhaltend sind. Immerhin sichern hier und da einige Meldungen aus italienischen Blättern durch, wonach in verschiedenen Industrien eine schwere Depression zu bemerken sei, das also trotz der einschneidenden Maßnahmen des Diktators. Nach Angaben des italienischen Blattes „Agenzia Volta“ sollen Wollkammereien und Wollspinnereien nur eine leibliche Beschäftigung aufzuweisen haben. Die Webereien sind allerorts mit Saisonaustragen für feine und mittlere Waren gut beschäftigt; jedoch beeinträchtigen die hohen Herstellungskosten die Rentabilität der Unternehmungen, auch die Einkuffierung der größeren Außenstände bereitet durchweg ziemlich Schwierigkeiten. Das sind keineswegs Zeichen einer günstigen Wirtschaftslage. Eine Besserung wird wohl auch kaum durch Erhöhung der täglichen Arbeitszeit von acht auf neun Stunden eintreten. Somit hat das Schlagwort der Regierung „Größere Sparsamkeit und erhöhte Produktion“ nur eine bedingte Berechtigung als Sanierungsmethode. Nicht allein die Frage der Produktion ist maßgebend für die Rentabilität einer Volkswirtschaft, eine ebenso große Rolle spielen dabei das Problem des binnländischen Konsums und des Abfages nach dem Auslande. Hier ist besonders zu beklagen, daß nach Ansicht maßgebender italienischer Volkswirtschaftler der italienische Lebensstandard wenig über dem Existenzminimum liegt. Neben diesen Erscheinungen in der Wirtschaft treten auch merkliche Kreditwierigkeiten ein. Auch der Export weist fallende Tendenz auf. So berichtet ein italienisches Blatt, daß sich ein starker Rückgang der Ausfuhr nach dem Orient fühlbar mache. Beispielsweise könne die Textiltagenbranche wegen der Schutzpolitik der Nachbarländer nur schlecht arbeiten, und die Aussichten für die Wintersaison seien daher sehr unsicher. Auch die Summitindustrie leidet unter der Wirtschaftskrise, da der Export immer größeren Hindernissen begegnet und der inländische Konsum beschränkt bleibt.

Alles in allem genommen, ist die Wirtschaftslage Italiens also nicht allzu rosig, trotz der drakonischen Maßnahmen Mussolinis, die an sich bewundernswert erscheinen mögen, aber nicht den erwünschten Erfolg haben.

isten, en, Band d, rstraße. eute itter, ch afen der. n 5. rck-